

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Beilage ober deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Zum inneren Frieden?

I.

Mit der einstimmigen Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 hat der Reichstag der damals in allen Kreisen der Bevölkerung tatsächlich vorhandenen Stimmung den richtigen Ausdruck gegeben. Aus dieser Stimmung heraus ist der sogenannte Burgfriede geboren. Er wurde nirgends beschlossen oder dekretiert, er war einfach vorhanden. Die gemeinsame Gefahr, die das Vaterland inmitten mächtiger Feinde bedrohte, ließ alle seitherigen Gegensätze klein und kleinlich erscheinen. Jetzt konnte keine Rücksicht auf irgendwelche Sonderinteressen genommen werden, alle Gedanken konzentrierten sich auf das eine Ziel: Abwehr der feindlichen Invasion.

Es war eine gehobene, gewissermaßen eine Festtagsstimmung, die durch den Kriegsausbruch ausgelöst wurde. Als solche konnte sie keinen dauernden Bestand haben. Die Pflichten des Alltags forderten ihr Recht. In dem Maße, in dem sie sich geltend machten, verschwand der Hauch. Die Gegensätze, welche unser Volk nach den verschiedensten Richtungen zerklüftet, sind zu groß, als daß sie, auch durch die bedeutungsvollsten Ereignisse, nachhaltig beeinflusst werden könnten. Möglich, daß die Burgfriedensstimmung bis zu Ende angehalten hätte, wenn der Krieg, wie anfangs allgemein gehofft wurde, nur von kurzer Dauer gewesen wäre. Je länger aber der Krieg währt, um so schärfer treten die Gegensätze wieder in Erscheinung. Zu den alten Meinungsverschiedenheiten tun sich neue auf, und wenn man näher zuseht, reicht der so überschwänglich begrüßte Burgfriede heute kaum viel weiter als der Geltungsbereich des Belagerungszustandes. Nur das Machtgebot der Zensur verhindert es, daß die Gegensätze mit voller Schärfe in der Öffentlichkeit behandelt werden. In dem Augenblick, in welchem der Belagerungszustand aufgehoben wird, wird auch der Burgfriede, der jetzt nur noch eine Scheinexistenz führt, zu Grabe getragen werden.

Wenn auch der wirkliche Burgfriede nur eine recht kurze Lebensdauer hatte, so war die Zeit seiner Herrschaft doch nicht ganz vergeblich. Er hat in allen Lagern dazu geführt, daß innere Einkehr gehalten wurde. Das Wesen des Burgfriedens bedeutete nicht Aufgabe der bisher vertretenen Grundsätze, sondern nur den Zwang, und zwar war es zunächst ein innerer Zwang, in der Vertretung dieser Grundsätze dem Gegner gegenüber eine gewisse Zurückhaltung zu üben. Das führte dazu, den Beweggründen des Gegners in höherem Maße Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Man bemühte sich, in dem, der andere Ansichten vertritt, nicht mehr einen Ausbund von Bosheit und Schlechtigkeit zu erblicken, sondern die Ueberzeugung des andern zu achten. Der richtig verstandene Burgfriede könnte dazu führen, den inneren Kämpfen und Auseinandersetzungen, die unvermeidlich, ja sogar notwendig sind, weil sie eine Voraussetzung für den Fortschritt bilden, den vergiftenden Stachel zu nehmen.

Ob der zu Beginn des Krieges verkündete Burgfriede diese Wirkung haben wird, steht dahin. In den langen Kriegsmoaten hat sich mancherlei ereignet, was zu berechtigten Zweifeln Anlaß gibt. Immerhin verdienen die nach dieser Richtung unternommenen Bemühungen Anerkennung. Großen Eifer in dem Bemühen, die Gegensätze in den verschiedenen Lagern wenn nicht auszugleichen, so doch ihnen die scharfen Kanten und Ecken zu nehmen, entlockt der Direktor der Bibliothek des preußischen Herrenhauses, Dr. Friedrich Thimme. Dem berühmten gewordenen Buch der Zwanzig, das er im vorigen Jahre im Verein mit Legien herausgegeben hat, läßt er nun ein neues folgen. "Wierzig hervorragende Vertreter der verschiedensten Parteien und Strömungen haben sich hier zusammengefunden, um unter Wahrung des eigenen Standpunktes zu zeigen, daß man auch das Wesen und die Eigentümlichkeit des andern verstehen und würdigen kann. Ueber das Trennende hinweg suchen sie das Gemeinsame zu betonen und das Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu verschärfen. Das Buch predigt Einigkeit und inneren Frieden. "Wollen wir", heißt es im Vorwort, "im Frieden unsern Aufstieg zur Macht, Größe und Herrlichkeit Deutschlands fortsetzen und vollenden, so muß die volle Einigkeit des deutschen Volkes in den Frieden hinübergerettet, muß der Zwang des Burgfriedens, dessen äußere Schranken sich nicht halten lassen, in einen von innen emporkommenden Volksfrieden umgewandelt werden." Das ist gewiß ein schönes Ziel, ehrend für diejenigen, die es verfolgen. Ob es sich aber auch nur in nennenswertem Maße verwirklichen lassen, darf jedoch billig bezweifelt werden.

Die Gebiete, auf denen Gegensätze bestehen, sind gar zahlreich. In dem vorliegenden Buche sind die einzelnen Gegensätze in verschiedene Gruppen zusammengefaßt. Der erste Abschnitt handelt vom Frieden unter den Weltanschauungen, in den folgenden wird der Friede unter den Konfessionen, den Klassen, den politischen Parteien und unter den Nationalitäten behandelt. Uns interessieren nur einige.

unter diesen Abschnitten. Wenn man das ganze Buch durchliest, dann findet man vieles, was sympathisch berührt. Den meisten Auffassen merkt man es an, daß sie mit der Absicht geschrieben sind, der Aufgabe gerecht zu werden, die der Herausgeber verfolgt. Aber den Eindruck, daß das Buch seinen Zweck wirklich erfüllen, daß es die Gegner näherbringen und wesentlich dazu beitragen wird, daß die Meinungsverschiedenheiten mit größerer Zurückhaltung und unter Vermeidung der verbitternden Schärfen ausgefochten werden, vermochten wir nicht zu gewinnen. Das Buch atmet die Festtagsstimmung, von der wir eingangs sprachen, die gegenüber den Erfordernissen des rauhen Alltags nicht standhält.

Trotzdem der Krieg noch fort dauert, die Angehörigen der verschiedenen Klassen, die Vertreter der verschiedensten Weltanschauungen noch einträchtig in Schützengräben nebeneinanderliegen und in Erfüllung der gemeinsamen Aufgabe der Vaterlandsverteidigung Freud und Leid miteinander teilen, hat sich der Burgfriede in der Heimat nicht aufrechterhalten lassen. In all den Fragen, welche die Öffentlichkeit seither bewegt haben, sind die Meinungen auseinandergeklappt, und oft in Formen, die sich von denen wenig unterscheiden, die gang und gäbe waren zur Zeit, als man vom Burgfrieden noch nichts wußte. Die Gebiete, auf denen der Burgfriede noch nicht ernsthaft gestört wurde, sind solche, auf denen der Anlaß zur Betonung der Gegensätze noch nicht zwingend hervorgetreten ist. Dazu gehört unter anderem auch das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter. Aber auch hier weiterleuchtet es schon da und dort, und es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß die kommenden Auseinandersetzungen vom burgfriedlichen Geist erfüllt sein werden.

Wir wollen hier nur wenige Artikel betrachten, die das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter zum Gegenstand haben. Da ist zunächst Walther Waldschmidt, Vorstandsmitglied der Ludwig Loewe A.-G., zu nennen, der in seinem Aufsatz über Unternehmertum und Arbeiterschaft dieser viel Wohlwollen entgegenbringt; ja, er beneidet sie sogar um ihre politische Macht. "Alle 109 sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages sind überzeugte und energische Vertreter der Arbeiterinteressen; wieviel der übrigen Reichstagsabgeordneten zeigen Verständnis für die Sorgen der industriellen Arbeitgeber außer den 28 Kaufleuten und 4 (schreibe vier) Industriellen, die im Reichstage sitzen?" Diese Betrachtungsweise ist zum mindesten originell. Herr Waldschmidt will, daß den Arbeitern geholfen werde. Aber nicht in der Weise, wie sie es selbst wünschen, sondern nur insoweit, daß die Interessen des Kapitals nicht beeinträchtigt werden. "Hohe Löhne können und sollten gar nicht das wichtigste Ziel sein." Viel wichtiger ist es, daß durch eine hohe Verzinsung ein Anreiz zur Kapitalanlage geschaffen wird, wodurch der Betrieb erweitert oder neue Anlagen geschaffen werden, "die den Arbeitern dauernden Nutzen und wahre Wohltat bieten". Das wird an einem Beispiel aus dem Maschinenbau zu erläutern versucht. Das investierte Kapital und der Umsatz betragen 1 Million Mark, Löhne an 250 Arbeiter 440 000 Mk., Gewinn 8 Prozent gleich 80 000 Mk. Ermäßigt man den Gewinn um 2 Prozent gleich 20 000 Mk., so bedeutet das 460 000 Mk. Löhne statt 440 000 Mk. auf 250 Arbeiter verteilt, d. h. auf jeden Arbeiter 80 Mk. jährlich oder werktätiglich 0,27 Mk. mehr. Damit ist dem Arbeiter nicht viel geholfen, aber dem Unternehmen ist es erschwert, neues Kapital heranzuziehen, denn dieses erwartet bei der industriellen Anlage eine höhere Verzinsung als 6 Prozent. Das Unternehmen ist zum Stillstand verurteilt, während eine Kapitalvermehrung um eine halbe Million erlaubt hätte, weitere 125 Arbeiter zu beschäftigen.

Also mit Lohnerhöhungen ist den Arbeitern nicht geholfen. Das Wohlwollen des Unternehmers soll sich darin äußern, daß er die Arbeitsstätten nach jeder Richtung möglichst vollkommen ausstattet. Die Räume sauber und schön, den weitgehendsten hygienischen Anforderungen entsprechend. Neben der Ausstattung des Betriebes mit besten Werkzeugen auch allerlei Wohlfahrtsrichtungen: Speisefäle, gutes, billiges Mittagessen, Bäckerei usw. Dazu können die Firmen bei besonderen Anlässen Pensionsfonds stiften, aus denen die Arbeiter Zuschüsse zu den gesetzlichen Invaliditäts- und Altersrenten beziehen usw.

Das ist alles ganz schön und gut, aber es ist kein Weg, der zum inneren Frieden führt. Der Arbeiter weiß den Wert ordentlicher Arbeitsräume und was damit zusammenhängt wohl zu würdigen, aber er ist nicht geneigt, um den Preis von Wohlfahrtsrichtungen sein Selbstbestimmungsrecht preiszugeben. Herr Waldschmidt spricht nicht viel von den Gewerkschaften, aber er hält sie offenbar für recht überflüssige Einrichtungen, die durch das Wohlwollen des Unternehmers völlig ersetzt werden können. Er meint, daß das Unternehmertum bereit sein werde, an der weiteren Ausbildung und Vervollkommnung unseres Arbeiterrechtes mitzuwirken und dabei auch die Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, aber nur insoweit sie die gebotene Selbständigkeit des Unternehmertums nicht einengen. Vor allem darf die Autorität des Unternehmers in seinem Betrieb nicht gefährdet werden.

Wenn Herr Waldschmidt als Typus des Großunternehmers aufgefaßt werden darf, dann beweist sein Beitrag zu dem Buch "Zum inneren Frieden", daß für die Arbeiterschaft die Zeit nach dem Kriege nichts weniger sein wird als eine Zeit des Friedens. In dem Waldschmidtschen Fabrikssystem ist für die Organisation der Arbeiter kein Raum. Die Selbständigkeit des Unternehmers im Betrieb ist unbeschränkt, er allein bestimmt, was für die Arbeiter gut und nützlich ist, und diese haben die gewährten Wohltaten dankbar anzuerkennen. Die Arbeiterschaft verlangt aber gar nicht nach Wohltaten. Sie wissen zwar den Wert guter Betriebseinrichtungen zu schätzen, sie verlangen aber nach einem Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, das sie nur durch ihre Gewerkschaft ausüben können. Die völlige Anerkennung der Gewerkschaften als der Vertretung der Arbeiter ist die erste Voraussetzung für die Schaffung geistlicher Verhältnisse im Wirtschaftsleben. Es hat aber den Anschein, als sollten wir auch noch nach dem Kriege um dieses Grundrecht kämpfen müssen. (Schluß folgt.)

Eine Steuer auf Musikinstrumente.

Die außerordentlichen Aufwendungen, die durch den Krieg verursacht wurden, zwingen nicht nur das Reich, sondern auch Staat und Gemeinden, nach neuen Steuerobjekten Ausschau zu halten. Die Stadt Danzig ist dabei, wohl als erste, auf den Gedanken einer Klaviersteuer verfallen. Nach dem dort aufgestellten Entwurf einer Steuerordnung für Klaviere, Flügel und Phonographen soll die jährliche Steuer betragen: für Klaviere und Harmoniums 12 Mark, für Flügel aller Arten 20 Mk. Sind an einem Musikinstrument mechanische Vorrichtungen vorhanden, durch die sie in Betrieb gesetzt werden können, z. B. Phonola, Pianola oder elektrische Klaviere, dann erhöht sich der Steuerfuß um 12 Mk. Für Grammophone, Phonographen und ähnliche Instrumente soll der jährliche Steuerfuß 4 Mk. betragen. Dieser Steuerentwurf hat bereits die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden und beschäftigt zurzeit das preußische Ministerium.

Inzwischen hat der Stadtrat Dr. Hellwig, vermutlich der Vater dieses Steuerproblems, im Preussischen Verwaltungsblatt einige Gedanken über die Klaviersteuer veröffentlicht. Hiernach existiere eine solche Steuer bereits in Amerika und in Frankreich, und auch bei uns widerspreche sie den gesetzlichen Bestimmungen nicht, wenn sie als Luxussteuer ausgebildet werde. In einem gemeinsamen Erlaß vom 22. Dezember 1894 hätten bereits die preussischen Minister des Innern und der Finanzen die für die Einführung einer Musikinstrumentensteuer in Betracht kommenden Gesichtspunkte hervorgehoben. In kleinen Gemeinden, wo die Steuer leicht den Charakter einer Sondersteuer für einzelne Personen annehmen kann, wird sie nicht in Betracht kommen, dagegen würde sie in größeren Gemeinden begrüßt werden können. Sie muß aber als Luxussteuer ausgestaltet werden und Instrumente, die gemeinnützigen Zwecken dienen, ausnehmen. So daß z. B. die Vereine der Jugendpflege, Wohltätigkeitsveranstaltungen usw. steuerfrei würden.

Dem Gedanken, daß eine Steuer auf Musikinstrumente in größeren Gemeinden zu begründen wäre, können wir keineswegs beistimmen. Gewiß kann das unvernünftige Gerumhämmern auf dem Klavier einen ruhebedürftigen Menschen, der gezwungen ist, eine solche "Kunstbetätigung" anhören zu müssen, zur Verzweiflung bringen, aber dieses Moment kommt bei dem Klavier als Steuerobjekt gar nicht in Betracht. Die Steuermacher gehen davon aus, daß der Besitz eines Musikinstruments der Beweis für eine gewisse Wohlhabenheit ist, und sie sagen, wer so reich ist, daß er sich den Besitz eines Klaviers leisten kann, ist auch imstande, einen besonderen Beitrag in die Steuerkasse zu entrichten. Dieser Gedankengang mag in vielen Fällen zutreffen, aber durchaus nicht in allen, und mancher Besitzer eines Instruments wird sich, vielfach schweren Herzens, gezwungen sehen, sich dieses Besitzes zu entäußern, um der Steuer zu entgehen.

Auf den Absatz von Musikinstrumenten muß eine Klaviersteuer notwendig einen hemmenden Einfluß ausüben. Die Erwägung, außer dem Kaufpreis auch noch eine jährliche Steuer für sein Instrument zahlen zu müssen, wird manchen von dem Kauf abhalten. Die Steuer auf Klaviere bedeutet einen schweren Schlag für die Musikinstrumentenindustrie. Im Namen der Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie, die unter dem ihrer Industrie zugefügten Schaden am schwersten zu leiden haben, müssen wir nicht nur gegen das Danziger Projekt, sondern gegen jede Sondersteuer auf Musikinstrumente überhaupt, entschieden Verwahrung einlegen.

Die Musikinstrumentenindustrie hat unter den Einwirkungen des Krieges schwer gelitten. Hauptsächlich auf den Export eingestellt, hat ihr der Krieg die wichtigsten Absatzgebiete verschlossen. Nach dem Kriege wird es für diese Industrie großer Anstrengungen bedürfen, die verlorene Stellung wiederzuerobieren. Die auf die Erdrosselung des deutschen Außenhandels gerichteten Pläne der verbündeten feindlichen Länder haben für die Musikinstrumentenindustrie

*) Zum inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch von Friedrich Thimme und Vertrauens, herausgegeben von Friedrich Thimme. Verlag von G. Hitzel in Leipzig. 374 Seiten. In zwei Teilen. Preis 5 Mk., gebunden 7 Mk.

einen um so ernsteren Hintergrund, als gerade der englische Instrumentenbau schon lange vor dem diege einen erbitterten Kampf gegen die deutsche Konkurrenz geführt hat. Unter solchen Umständen der Industrie auch noch durch eine Sondersteuer den Inlandsmarkt einzuzengen, wäre unverantwortlich.

Das Beispiel der Steuer auf Musikinstrumente ist übrigens so recht geeignet, den Widersinn der Luxussteuer überhaupt zu beleuchten. Es sei zugegeben, daß, wenn auch bei weitem nicht in allen, so doch in manchen Fällen, das Klavier ein Luxusgegenstand ist. Infolge des Krieges sind viele Leute auf mehr oder weniger ehrliche Weise in den Besitz eines Vermögens gelangt. Der eine oder der andere dieser Barverdiener glaubt es seinem Vermögen schuldig zu sein, daß er auch ein Klavier in seine Wohnung stellt, wiewohl er vielleicht sonst in gar keinem Verhältnis zur Musik steht. Ist die Musikinstrumentensteuer eingeführt, dann bedeutet diese Anschaffung die Verpflichtung zur Zahlung einer dauernden Steuer. Verzichtet der Mann aber auf das Klavier und schafft sich statt dessen Schmuckstücke oder Gemälde oder sonstige Wertgegenstände an, oder stattdessen seine Wohnung unter Verzicht auf das Klavier mit dem raffiniertesten Luxus aus, dann ist er von der Sondersteuer frei. Das ist er erst recht, wenn er überhaupt keinen besonderen Aufwand treibt und nur sein Geld „arbeiten“ läßt, um seinen Reichtum weiter zu steigern. Was für ein vernünftiger Sinn liegt darin, daß der Steuerfiskus unter den verschiedenen Kategorien reicher Leute sich gerade die mit wirklich oder vermeintlicher musikalischer Liebhaberei herausucht, um sie einer Sondersteuer zu unterwerfen?

Der Ertrag einer Klaviersteuer, und das gilt für jede Luxussteuer, kann nicht hoch sein, denn die Zahl der Steuerpflichtigen ist verhältnismäßig gering, und wenn man das Steuerobjekt nicht zum Verschwinden bringen will, wird man auch die Steuerhöhe in bescheidenen Grenzen halten müssen. Will man den Reichtum besonders besteuern, und das ist in der gegenwärtigen Zeit bringend notwendig, dann darf man nicht diese oder jene Neuerung des Reichtums zur Voraussetzung für die Besteuerung machen, sondern den Reichtum selbst. Das Vermögen und das Einkommen allein geben den richtigen Maßstab für die Höhe der Steuern.

Luxussteuern sind ungerechte Steuern. Sie erwidern den Anschein, als ob die Reichen besonders schwere Steuerlasten tragen, während sie in Wirklichkeit die tragfähigen Schultern schonen, zum Schaden der breiten Masse der Besitzlosen. Wir werfen die Luxussteuern nicht etwa, weil sie die Reichen belasten, sondern weil wir Steuern wünschen, die die hohen Vermögen und Einkommen wirklich nach Gebühr treffen. Die Luxussteuern treffen am schwersten die Hersteller der von der Steuer betroffenen Waren. Die Musikinstrumentenindustrie und besonders deren Arbeiter befinden sich in einer Lage, die eine tatkräftige Förderung wünschenswert erscheinen läßt; um so nachdrücklicher muß der Versuch einer schweren Schädigung abgewehrt werden, der in dem Plane einer Steuer auf Musikinstrumente liegt.

Soziales.

Die Pfeife des kleinen Mannes.

Das Rauchen wird ein immer kostspieligeres Vergnügen. Am 1. Juli ist der Kriegsausschlag für Zigaretten in Kraft getreten. Dadurch wird die Zigarettensteuer, die sich nach dem Kleinverkaufspreis richtet, folgendermaßen erhöht:

	Für 1000 Stück
Bis zu 1 1/2 Pfennig das Stück	3 Mark
über 1 1/2 Pfennig bis 2 1/2 Pfennig	5 "
2 1/2 " " 3 1/2 " "	7 "
3 1/2 " " 5 " "	12 "
5 " " 7 " "	18 "
7 " " " " " "	25 "

Diese Steuererhöhung, die bei den billigen Sorten 1/2 Pf., bei den mittleren 1 Pf. und bei den besseren bis 2 1/2 Pf. beträgt, wird natürlich von den Fabrikanten auf das Publi-

um abgewälzt. Da auch Zigarettenpapier und -papier einen entsprechenden Steuerzuschlag erfahren haben, ist es nicht möglich, sich durch Selbstanfertigung der Zigaretten der Steuer zu entziehen.

Eine sehr wesentliche Verteuerung haben auch die Zigarren erfahren. Hieran ist aber die bereits am 15. Mai in Kraft getretene Erhöhung des Gewichtszolles bzw. Steuer nicht ausschließlich schuld. Sehr wesentlich fällt die fortgesetzte Preissteigerung aller Rohabale ins Gewicht. Man rechnet damit, daß es bald keine Zigarren unter 10 Pf. mehr geben wird. Für die ohnehin recht schlecht entlohten Tabakarbeiter eröffnet sich damit recht trübe Aussichten. Es steht zu erwarten, daß der Verbrauch von Zigarren und Zigaretten in dem Maße zurückgehen wird, wie die Preise steigen. Die Tabakpfeife dürfte wieder mehr zu Ehren kommen. Aber auch der Genuß seiner Pfeife wird dem armen Mann noch sehr verflümmert werden. Die bedeutendsten Tabakfirmen haben ihrer Kundschaft bereits mitgeteilt, daß sie infolge des in mindestens vierfacher Stärke wirkenden 40prozentigen Zollzuschlages und des erhöhten Tabakzolles gezwungen seien, bedeutend erhöhte Preise zu fordern. Dem Raucher stehen also schlimme Zeiten bevor.

Beschränkung des Fahrradverkehrs.

Durch die Bekanntmachung über die Beschränkung der Fahrradbereifung wird die Benutzung des Fahrrads eine sehr wesentliche Einschränkung erfahren. Alle nicht zur gewerbmäßigen Weiterveräußerung vorhandenen Fahrraddecken und Fahrradschläuche, die sich im Gebrauch befinden oder für den Gebrauch bestimmt sind, werden beschlagnahmt. Vom 1. August ab wird die Benutzung eines Fahrrades nur mit Genehmigung des militärischen Befehlshabers gestattet sein. Diese Erlaubnis wird nur solchen Personen erteilt werden, die das Fahrrad in Ermangelung anderer zweckdienlicher Verkehrsmittel als Beförderung zur Arbeitsstelle oder zur Ausübung ihres im allgemeinen Interesse notwendigen Berufes oder Gewerbes oder zur Beförderung von Waren zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes oder infolge ihres körperlichen Zustandes benötigen. So werden z. B. Arbeiter und Arbeiterinnen die Erlaubnis nur erlangen können, wenn ihr Weg von der Wohnung zur Arbeitsstelle mindestens 3 Kilometer beträgt. Die Fahrraddecken und -schläuche, die nicht mehr verwendet werden dürfen, können der Behörde für einen festgesetzten Preis verkauft werden, der sich nach der Gebrauchsfähigkeit richtet, und bei den Decken zwischen 50 Pf. und 4 Mk. und bei den Schläuchen zwischen 25 Pf. und 3 Mk. schwankt. Wer am 1. Oktober noch im Besitz von Fahrradbereifung ist, muß diesen Besitz bei der Behörde anmelden, worauf dann die Enteignung erfolgt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 30. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Allen Mitgliedern, die vom Heeresdienst entlassen oder zur Arbeit beurlaubt, resp. kommandiert werden, empfehlen wir dringend, sich in der Zahlstelle, der sie angehören oder wo sie in Arbeit treten, möglichst sofort unter Vorzeigung ihres Militärpasses anzumelden, damit ihnen spätere Unlieblichkeiten erspart bleiben. Die Vorlegung des Militärpasses bei der Anmeldung ist aus dem Grunde erforderlich, damit die Zahl der beitragsfreien Wochen genau festgestellt und in dem Mitgliedsbuch bescheinigt werden kann.

Erfahrungsbücher für vollgeliebte Mitgliedsbücher können den vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern nur dann ausgestellt werden, wenn im alten Mitgliedsbuch die Zeitdauer des Kriegsdienstes genau eingetragen

ist. Um unnötige Schreiberei und Verzögerungen zu vermeiden, bitten wir die Zahlstellenassistenten, bei Einlieferung der vollgeliebten Bücher hierauf in jedem Falle zu achten.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 107598 Georg Schwandtner, Masch.-Arb., geb. 13. 1. 84 zu Rohensass.
- 323945 Paul Barth, Holzarb., 28. 10. 85 zu Dorfschellenberg.
- 639441 Franz Herm, Tischl., geb. 10. 11. 92 zu Hötensleben.
- 755347 Frieda Hüttel, Hilfsarb., 8. 11. 95 zu Rathmannsdorf.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Göppingen. Der verheerende Weltkrieg, der schon so viele Opfer gefordert hat, rief wiederum eine schmerzliche Lücke in unsere Zahlstelle. Neben den Kollegen Martin Müller haben wir auch noch den Verlust unseres langjährigen Kassierers, des Kollegen Albert Dietrich, zu beklagen. Durch seine Ruhe und Gedächtnis hat er sich viele Freunde erworben. Von unserer Zahlstelle wurde er vor sechs Jahren zum Kassierer gewählt, welchen Posten er stets treu und gewissenhaft verwaltete. Nun ist auch er ein Opfer des Weltkrieges geworden. Die Kollegen mögen sich an der Treue, die er dem Verband bewiesen hat, ein Beispiel nehmen. Wir werden ihm stets in treuem Andenken halten!

Lohnbewegungen und Steuerzuschlägen.

Aus dem Düsseldorf Gau.

Als im verflorenen Jahre die Zentralvorstände die Vereinbarungen betr. der Kriegsverletztensfürsorge und Steuerzuschlägen getroffen hatten, wurde auch von uns im Gau Düsseldorf versucht, zunächst in denjenigen Orten, in welchen der Arbeitgeber-Schutzverband vertreten ist, diese Vereinbarungen in die Tat umzusetzen. Leider waren unsere damaligen Bemühungen fast gänzlich erfolglos. Unsere Kollegen waren sich über die Frage der Kriegsverletztensfürsorge in vielen Orten nicht klar, weil sie diese Regelung als eine Aufgabe des Staates betrachteten. Heute kann dagegen gesagt werden, daß diese Auffassung verschwunden ist, und daß die Kollegen mit den Vereinbarungen der Zentralvorstände einverstanden sind.

Weil unsere Kollegen an manchen Orten vordem der Kriegsverletztensfürsorge nicht die nötige Aufmerksamkeit widmeten, ist auch nicht mit der nötigen Energie gearbeitet worden, um entsprechend den Vereinbarungen der Zentralvorstände die Arbeitgeber zu Sitzungen zwecks Einleitung der Gemeinschaftsarbeit auf diesem Gebiete zu veranlassen. Den Arbeitgebern war das nicht unwillkommen, sollte doch in diesen Sitzungen die Frage der Steuerzuschlägen mit zur Erörterung gestellt werden. Letzteres war wohl auch für die Arbeitgeber in einigen Orten Grund genug, um auf unseren Wunsch nach einer gemeinsamen Aussprache überhaupt nicht zu reagieren. Von dem Vorstehenden des Schutzverbandes aus einem Orte erhielten wir auf unser wiederholtes Drängen die Antwort, es sei ihm unmöglich, seine Kollegen zu einer Sitzung der Schlichtungskommission zusammenzubringen. In den Orten, wo es zu einer Aussprache über die Steuerzuschlägen kam, verlief die Sitzung meist so, daß die Arbeitgeber einige wohlwollende Bemerkungen machten. Sie erkannten das Bedürfnis für eine Steuerzuschläge an, wollten aber die Sache erst in der Versammlung der Arbeitgeber zur Sprache bringen usw. Andererseits wurde das Klageged über die eigene Notlage der Arbeitgeber angestimmt, über die schlechte Lage des Gewerbes, daß es vielen Meistern wirtschaftlich schlechter ergehe als den Gesellen. Fast in allen Fällen glaubten die Arbeitgeber, unseren Kollegen den Rat erteilen zu sollen, durch Arbeitszeitverlängerung bzw. durch Leisten von Ueberstunden ihr Einkommen zu erhöhen. Für

Eine Geschichte des Buchdruckerverbandes.

Der Buchdruckerverband ist die älteste deutsche Gewerkschaft. Vor kurzem hat er sein fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert. Aus diesem Anlaß hat er eine auf zwei Bände berechnete Verbandsgeschichte *) herausgegeben, deren erster Band, der mehr als 500 Seiten umfaßt, jetzt vorliegt. Es ist selbstverständlich, daß ein vom Buchdruckerverband herausgegebenes Druckwerk, zumal hier, wo es sich um ein Denkmal des Verbandes handelt, den höchsten technischen Anforderungen genügen muß, deshalb braucht auch über das gediegene Äußere des Bandes kein Wort gesagt zu werden. Die Seiten in diesen Dingen möge uns allenfalls das Urteil geklärt sein, daß die für den Druck gewählte Schriftart, die als „Alte Schwabacher“ bezeichnet wird, recht schon wirkt, sich aber nicht gerade durch gute Lesbarkeit auszeichnet.

Ferther der Verbandsgeschichte ist Willi Krahl, der Redakteur des „Korrespondent“, des Verbandsorgans der Buchdrucker, der damit eine höchst anerkannter Leistung vollbracht hat. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist das Buch entstanden, denn der Verfasser sagt in seinem Vorwort, daß er erst zu Beginn des Jahres 1915 mit seiner Arbeit begonnen hat. Allerdings kommt dem Geschichtsschreiber der Buchdrucker der Umstand zustatten, daß der Buchdrucker eine verhältnismäßig junge Kunst ist, über deren Entwicklung von den ersten Anfängen an eine sehr reichhaltige Literatur unterliegt. Aufgabe der Verbandsgeschichte war es jedoch nicht, eine Darstellung des Bestehens der Buchdruckerkunst zu geben, bei der Fälle der Produktion auf diesem Gebiete lag bzw. auch kaum ein Bedürfnis vor. Vor allem mußte der Verfasser sein Augenmerk auf die jeweiligen wirtschaftlichen Bedürfnisse der Berufsangehörigen und auf ihre Organisationsbestrebungen lenken; aber gerade in dieser Hinsicht verfügen die Quellen, die in Bezug auf die technische Entwicklung des Gewerbes so reichlich fließen.

Als Erfinder der Buchdruckerkunst gilt Johann Gutenberg,

der seine Erfindung im Jahre 1440 gemacht hat. Die erste Druckerei eröffnete er im Verein mit dem reichen Goldschmied Johann Faust und dessen Schwiegerohn Peter Schöffer zu Mainz. Die Absicht der ersten Buchdrucker, ihre Kunst geheimzuhaltend, ließ sich nicht durchführen, durch ihre Schüler und Gehilfen fand die Buchdruckerkunst schnell eine weite Verbreitung, und im Jahre 1471 fanden schon Streiks der Buchdrucker in Nürnberg und Basel statt.

Eine besondere Einrichtung des Buchdruckerwesens war das „Postulat“. Der Ausdruck wird von postulieren hergeleitet und hatte im Buchdruckerwesen die Bedeutung der feierlichen Aufnahme des ausgeleiteten Gehilfen in das Gewerbe. Das Postulat wurde zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts eingerichtet und zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts — in Preußen im Jahre 1803 — als ein „Mißbrauch“ verboten. Krahl nennt das Postulat die erste Organisation der Buchdrucker. „Es war“, schreibt er, „das Band, das alle der Kunst Angehörigen umschlungen hielt, war auch der Damm gegen Willkür und Bedrückung. Des Postulats Einfluß begleitete den Lehrling durch seine Lehrzeit. Im Postulat fand der Prinzipal sein Recht gegen Ausschreitungen der Gesellen; es schützte ihn vor Schleuderkonkurrenz, nötigte ihn aber auch, seine Gesellen als Genossen, ebenbürtig in der Kunst und darum zu gleichen Ansprüchen an das Leben berechtigt, zu betrachten und sie so zu stellen, wie der Beruf es verlangte.“ Nach der Unterdrückung des Postulats erlangten die Innungen, die seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts errichtet wurden, aber nur in beschränkter Zahl existierten, eine größere Bedeutung. Die Lage der Gehilfen erfuhr unter ihrem Einfluß eine bedeutende Verschlechterung.

Seit Beginn der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts erlangen örtliche Unterstützungsvereine, deren Gründung zum Teil sehr weit zurückliegt, größere Bedeutung. Diese Kranken-, Sterbe-, Invaliden-, Witwen-, Wanderunterstützungsvereine wurden später vielfach die Grundlagen für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Buchdrucker. Das Revolutionsjahr 1848 sah auch die Arbeiterschaft in lebhafter Bewegung. Sie verlangten vielfach bessere Arbeitsbedingungen, und am 28. April trafen in Berlin 600 Buchdrucker die Arbeit ein.

Der Streit wurde nach zwei Tagen wieder aufgehoben. In verschiedenen Orten wurde nun der Wunsch nach Schaffung einer zentralen Organisation laut, und am 11. Juni fand in Mainz eine National-Buchdrucker-Verammlung statt. Diese beschloß die Gründung eines Zentralverbandes und stellte ziemlich weitgehende Forderungen bezüglich der Arbeitsbedingungen auf. An mehreren Städten kam es zu unglücklich verlaufenen Streiks, und die neue Organisation hatte bald ihr Ende erreicht. Auch der im gleichen Jahre ins Leben gerufene Allgemeine Buchdruckerverein, der mit den Prinzipalen gemeinsam gegründet wurde, erwies sich nicht als lebensfähig. Auch der alsdann gegründete Guttenbergbund umfaßte Prinzipale und Gehilfen. In der alsbald hereinbrechenden Reaktionsperiode unterlag er im Jahre 1852 den polizeilichen Verfolgungen.

Anfangs der 60er Jahre begann wieder ein etwas freierer politischer Wind zu wehen. Es zeigten sich die ersten Regungen einer selbständigen Arbeiterbewegung, und an den größeren Druckorten wurden örtliche Vereine der Buchdrucker ins Leben gerufen. Seit dem 1. Januar 1863 gab der im Februar 1862 gegründete Leipziger Verein den „Korrespondent“ heraus, der nunmehr zum Zentralpunkt für die Organisationsbestrebungen der deutschen Buchdrucker wurde. Die Organisation hatte an den einzelnen Orten schon tüchtige Fortschritte gemacht, als am 19. Mai 1866 der erste deutsche Buchdrucker-Tag in Leipzig zusammentrat, auf welchem der Deutsche Buchdruckerverband gegründet wurde. Der Sitz des Verbandes war zuerst in Berlin, im Jahre 1868 wurde er nach Leipzig verlegt. Um den Verfolgungen nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes zu entgehen, hat sich der Verband gegen Ende des Jahres 1878 in den Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker umgewandelt und im folgenden Jahre seinen Sitz nach Stuttgart verlegt. Wiederrum unter dem Druck der Behörden erfolgte im Jahre 1888 die Sitzverlegung nach Berlin.

Mit diesem Zeitpunkt schließt der vorliegende erste Band der Geschichte des Deutschen Buchdruckerverbandes. Wir haben uns hier auf die Wiedergabe einiger roher Daten beschränkt, das eingehende Studium des Werkes ist aber jedem Gewerkschafter auf das angelegentlichste zu empfehlen. Der

*) Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Fünfzig Jahre deutsche Gewerkschaft. Werk mit einer Verbands- und Gewerkschaftsgeschichte vom Beginn des 15. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Leipzig, 1916.

solches Wohlwollen haben die Kollegen allerdings kein Ver-

Mit dem Kückelhaus'schen Tischler-Innungs-

Nur vereinzelte Arbeitgeber in einigen Orten, die man

Besser wurde es im Verlauf der letzten Monate. Durch

Es erhalten seit April und Mai unsere Kollegen nun-

Zu diesen Teuerungszulagen wäre noch zu bemerken, daß

Buchdruckerverband hat in seinen Einrichtungen den übrigen

Im zweiten Quartal meldeten sich insgesamt 9219 Mit-

Das verhältnismäßig hohe Alter der Buchdruckerorgani-

wurde. Ohne Zweifel werden die Teuerungszulagen von

Teuerungszulagen auf den Werften.

Die Seeschiffswerften haben ihre Arbeiter trotz enormer

In Bergedorf hatten unsere auf dem Eisenwerk beschäf-

macherei beschäftigten Kollegen haben außerdem einen Auf-

In Emden, Norden und Aurich haben unsere in der Bau-

In Ulbed wurde bisher in den Schuhnerbandsbetrieben

eine monatliche Teuerungszulage von 5 Mk. an Verheiratete

Aus der Holzindustrie.

Die Preiserhöhung für Tischlerarbeiten.

Ueber die am 3. Juli abgehaltene Versammlung der Unter-

In den ausführlicher wiedergegebenen Ausführungen des

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1916.

Table with columns: Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise.

Bon den Gauen hat der Gau Berlin mit 29,4 (35,1 im

Die Zahl der am Quartalschluß verbliebenen Arbeits-

Der Zugang an Arbeitslosen belief sich im Berichts-

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug 1530, im

schwankt in den einzelnen Gauen zwischen 4,9 und 38,8

Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeits-

Den höchsten Durchschnitt der unterstützten Zeit hat der

Der Betrag der Reiseunterstützung ist gegen das vorige

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mi-

Zum Schluß richten wir wieder das Ersuchen an alle

Der Vorstand.

durch falsche Bescheidenheit es den in Frage kommenden Unternehmern ermöglichen, ihre das ganze Gewerbe schädigende Schmutzkonkurrenz zu treiben. „Wirkliche Kollegen werden wir nur durch die eiserne Notwendigkeit“ rief Herr Rahardt aus, und er meinte damit, daß der Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse die Unternehmer zum Zusammenschluß und zur Durchführung der gefaßten Beschlüsse führen müsse. In die tatkräftige Durchführung des schon vor Jahren beschlossenen Preisausschlages von 7 1/2 Prozent ist nur von einem geringen Bruchteil der Berufsangehörigen herangegangen worden; jetzt liegen die Dinge so, daß eine starke Erhöhung der Verkaufspreise ganz unvermeidlich ist.

Ob und mit welcher Wirkung die beschlossene Preiserhöhung für Tischlerarbeiten durchgeführt wird — die Verkaufspreise für rohe Möbel sollen um 40 Prozent, die für gebeizte und polierte Möbel um 50 Prozent erhöht werden — bleibt zunächst abzuwarten. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die in erster Linie die Arbeitgeber angeht. In ihrem Interesse liegt es, daß sie von ihrer Kundschaft angemessene Preise fordern. Der von den Unternehmern gefaßte Beschluß ist aber auch von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Arbeiter der Holzindustrie. Unser Verlangen nach angemessenen Löhnen und ausreichenden Teuerungszulagen begegnet nicht selten heftigem Widerstand bei Unternehmern, die sich darauf berufen, daß die Preise, die sie für ihre Waren erzielen, eine Lohnerhöhung nicht zulassen. Wo dieser Einwand künftig erhoben wird, werden wir auf den Beschluß der Arbeitgeber vom 3. Juli hinweisen, dessen Durchführung die Möglichkeit schafft, die notwendige Teuerungszulage zu bewilligen, ohne den Gewinn des Unternehmers zu schmälern.

Ein Wort, das auch für die Arbeiter volle Beachtung verdient, rief Herr Rahardt seinen Kollegen zu: „Wer nicht für seine Arbeit einen Preis verlangt, der angemessen ist, wer wohl gar weniger verlangt, als was die Arbeit ihn selber kostet, mit dem braucht man doch wahrlich keinerlei Mitleid zu empfinden.“ Dieses Wort hat für uns doppelte Bedeutung. Wir werden also bei der Vertretung unserer Forderung nach Teuerungszulagen auf das Klagegeld von den schlechten Verkaufspreisen keine Rücksicht nehmen dürfen. Dann spricht der Führer der Arbeitgeber aber auch den Arbeitern, die für unzureichenden Lohn arbeiten, ihr Urteil: Sie haben keinen Anspruch auf Mitleid. Es gibt gar viele Arbeiter in der Holzindustrie, die für ihre Arbeit viel weniger erhalten, als diese ihnen selbst kostet. Die Selbstkosten des Arbeiters sind die Preise für die Lebensbedürfnisse. Diese sind seit Kriegs-

ausbruch um mindestens das Doppelte gestiegen; um mindestens den gleichen Betrag müßten auch die Löhne erhöht werden, wenn wir nicht unsere Arbeit unter dem Selbstkostenpreis verkaufen wollten.

Das Zusammenfassen der Arbeitgeber unter der Parole einer Erhöhung der Verkaufspreise ist ein vorzügliches Werbemittel für ihre Organisationen. Unter diesem Gesichtspunkt haben auch die Veranstalter die Versammlung betrachtet, und wenn wir, gestützt auf die dort gefaßten Beschlüsse, unsere Bemühungen zur Erlangung von Teuerungszulagen in verstärktem Maße fortsetzen, dann wird das auf die Organisationen der Arbeitgeber fördernd wirken. Das darf uns natürlich nicht abhalten, unsere Forderung zu vertreten. Aber dieser Umstand weist uns darauf hin, daß wir mit der Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen eine nachhaltige Werbearbeit für unseren Verband verbinden müssen. In der Versammlung der Arbeitgeber wurde nachdrücklich auf die kommenden Tarifverhandlungen hingewiesen. Auch wir müssen rechtzeitig unsere Vorbereitungen hierfür treffen. Die wichtigsten Vorbereitungen sind zurzeit: die Anpassung der Löhne an die Preise für die Lebensbedürfnisse und der Ausbau und die Stärkung unseres Verbandes!

Kriegsministerium und Entlohnung von Holzarbeiten.
Im Anschluß an die Verhandlungen über die Gewährung einer Teuerungszulage hat sich, wie wir in Nr. 25 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet haben, die Tischlerinnung in Cassel mit einer Eingabe an das Kriegsministerium gewendet, in welcher gebeten wird, gewissen Umständen bei der Vergütung von Aufträgen zu steuern. Auf diese Eingabe, der sich auch die Casseler Zahlstelle unseres Verbandes angeschlossen hatte, ist inzwischen die Antwort eingegangen. Die Bitte, bei jeder Zuschlagerteilung während der Kriegsdauer 5 Prozent Aufschlag für Lohnerhöhungen zuzubilligen, lehnt das Kriegsministerium ab. Die Frage, ob und inwieweit des Krieges wegen neben den vertraglichen Lieferpreisen noch besondere Entschädigungen gewährt werden können, unterliegt nicht der Entscheidung durch das Kriegsministerium, sondern ist von der Reichsfinanzverwaltung geregelt. Mit dieser sind zurzeit Verhandlungen im Gange, die auf eine Erweiterung der festgelegten Richtlinien abzielen. Hierbei handelt es sich aber nur um Lieferungen auf Grund älterer Verträge, wenn nachweisbar für die Ausführung der Aufträge höhere Löhne gezahlt werden mußten, als beim Abschluß des Lieferungsvertrags vorausgesehen war. — Im wesentlichen bedeutet diese Entscheidung des Kriegsministeriums eine Ablehnung des Casseler Gesuchs.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das **Eiserne Kreuz** erster Klasse erhielt der Angehörige unserer Zahlstelle **Vielefeld**, Kollege **Karl Dier**. Seit Beginn des Krieges hat er an den Kämpfen im Osten teilgenommen. Als Gefreiter eingetreten, ist er in ziemlich kurzer Zeit bis zum **Vizefeldwebel** befördert worden. In den ersten Kriegsmonaten wurde er schon mit dem **Eisernen Kreuz** zweiter Klasse ausgezeichnet, nun ist ihm auch die erste Klasse dieser Auszeichnung verliehen worden. — Das **Eiserne Kreuz** zweiter Klasse haben nach den uns in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten noch die nachbenannten **Verbandsmitglieder** erhalten: **Gustav Stephan**, Tischler, **Wolfgang Lüdke**, Tischler, beide aus **Braunenburg**; **Wolfgang Winkler**, Schreiner aus **München**; **Walter Pestel** aus **Blauen**; **Wilhelm Böse**, Tischler aus **Diedlinburg**; **Paul Bierwagen** aus **Schwetebus**; **Bruno Hoffmann** aus **Sorau**.

Literarisches.

Die nachbenannten Werte können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Fachblatt für Holzarbeiter. In dem soeben erschienenen Juliheft gibt der Leiter eines Kurses für Kriegsbeschädigte Schreiner in Nürnberg Bericht über die recht erfreulichen Erfolge des Unterrichts, durch den die Beteiligten in die Lage versetzt werden sollten, sich in ihrem erlernten Beruf zu betätigen. Hugo Hillig schließt eine Artikelserie über „Die Chemie des Holzes“ an. In der Fortsetzung der Geschichte der Einlegearbeit werden einige schöne Beispiele vorgeführt, dabei auch zwei Arbeiten von dem Großvater des berühmten R-Strahlenentdeckers Roentgen, des Tischlermeisters Roentgen, der um 1775 zu Neuwied am Rhein wirkte. Für den **Vautschke** dürfte das eingehend beschriebene Anschlagende vierflügeligen Schiebeteil von besonderem Interesse sein. Im Entwurf werden eine **Friseurladeneinrichtung** und eine **Gartenpforte** gezeigt.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)
In voriger Nummer ist in unserer Bekanntmachung insofern ein Fehler enthalten, als es nicht 12 1/2 Pf. für Briefe bis zum Gewicht von 20 Gramm heißen muß, sondern daß Briefe bis zu 20 Gramm schwer ab 1. August 15 Pf. kosten. Die Verwaltungen wollen dies beachten.
Der Vorstand, G. Blume, Vorsitzender

Gestorbene Mitglieder.
Franz Schmidt, Drechsler, 47 Jahre, gest. in Königsberg.
Margarete Pösch, Kammacherin, 43 J., gest. in Nürnberg.
Peter König, Schreiner, 40 Jahre, gest. in Köln.
Ernst Rütter, Stellmacher, 19 Jahre, gest. in Köslin.
Albert Ohrt, Tischler, 40 Jahre, gest. in Spandau.
Rudolf Albrecht, Tischler, 36 Jahre, gest. in Spandau.
Ehre ihrem Andenken.

8 bis 10 tüchtige Schreiner für bessere Schlafzimmernmöbel gesucht. Dauernde Arbeit. Kerzing & Mayer, Möbelfabrik, Höchst a. M.

Bau- und Möbeltischler sowie Maschinenarbeiter
auf Lohnende und dauernde Arbeit, Seereslieferung, stellt ein
Emil Kirchner, Großenhain i. Sa.

2 tüchtige Bau- und Möbeltischler und einen, der auch die Maschinenarbeit anfertigen kann, sofort auf dauernde Beschäftigung gesucht.
Erich Boche, Barnitz (Mark).

Tüchtige Tischler auf eigene Herren- und Speisezimmer nach Zeichnung, bei hohem Lohn für dauernd gesucht.
Kunstmöbelfabrik Treuen i. Sa.

Mehrere tüchtige, ältere militärische **Möbeltischler**, welche bessere Speisezimmer nach Zeichnung arbeiten können, finden sofort bei einem Stundenlohn bis zu 75 Pf. inkl. Kriegszulage dauernde Beschäftigung.
Richard Elze, Hübener & Co., G. m. b. H., Dessau.

Tüchtige Tischler, auch Bautischler, sowie Stuhlbauer
finden dauernde Beschäftigung.
Tischler-Industrie-Aktien-Gesellschaft vorm. Aufsenberg & Schöner in Langensolms.

3 Bautischler und 1 Maschinenarbeiter
wünscht bald ein
H. Hüger, Tischlermeister, Hirschberg i. Schl.

Tüchtige Tischler
auf furnierte Schlafzimmer (Seilarbeit), nach neu abgeschlossenen Tarifvertrag, mit guten Akkordlöhnen, sucht laufend größere Anzahl
Möbelfabrik Liebau (Schles.)

10 bis 15 tüchtige Bau- u. Möbelschreiner
für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn sofort gesucht. Nach Uebereinkunft Reisevergütung. Uhlmann & Co., Baugeschäft, Ingolstadt (Bayern).

Mehrere tüchtige Tischler auf Bau und Möbel für dauernde Arbeit gesucht.
D. Schneider, Großmüsterwitz, Bez. Magdeburg.

Tüchtige Tischler auf furnierte Arbeiten für sofort und dauernd gesucht.
Acker & Feldtrappe, Pianofortefabrik, Jena.

Bautischler finden sofort dauernde Beschäftigung bei
Gebr. Hoppe, Tischlerei mit Dampftrieb, Kapfenburg (Döpr.).

6 Möbeltischler
für furnierte Möbel sofort gesucht.
S. S. Köln, Elmshorn, Marktstraße 13.

Tüchtige Möbeltischler
für dauernde Beschäftigung gesucht.
St. Bachholt, Möbelfabrik, Schwerin i. Mecklg.

Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter werden verlangt bei dauernder Arbeit und hohem Lohn.
Walter Hyan, Agl. Hoflieferant, Fünfterwalde (R.-L.).

Drechsler
auf Silberrahmen für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht. Solche, die auf Oval gedreht haben, werden bevorzugt.
Kuhn & Leister, Holzwarenfabrik, Gräfenroda in Thüringen.

Einige Drechsler, jüngere oder ältere, sowie einige Bandjäger werden gesucht.
Ed. Stehert, Ruhla.

Drechslergesellen für sofort gesucht.
Paul Gsch, Treptow a. Rega.

Tüchtige Stuhlbauer und tüchtige Maschinenarbeiter gesucht.
Waldeckische Stuhlfabrik G. m. b. H., Mengerschinghausen.

30 Stuhlbauer und Sesselbauer
sofort gesucht bei hohen Löhnen und Teuerungszuschlag. Meldungen an
Erzgebirgische Holzindustrie
Aktiengesellschaft
Brand-Erbisdorf bei Freiberg i. Sa.

Korbmacher
auf Mattarbeit und Grüngeschlagen bei 50 Proz. Tarifzuschlag, desgleichen auf 15-cm-Langgranaten nach Lohnklasse 1, Reichstaxi, sucht
Robert Hörnig, Korbmachermeister, Radebeul-Dresden, Gartenstr. 8.

Korbmachergehilfe für dauernd, sofort gesucht. Lohn nach Reichstaxi.
Otto Kargel, Schmiedbus.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochenbericht vom Sonnabend, 8. Juli, bis Freitag, 14. Juli 1913.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt	
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C		
Berlin	24	6	47	52	90	40	30	5	39	24	5	32	2	12	143	16	99	275	122	208
Bremen	6	—	7	9	4	—	2	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	17	4	—
Breslau	4	2	8	2	7	—	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	10	15
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	1	6	16	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	7	17
Eilenburg	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	5
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	14	10	—	1	6	20	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	26	31
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	3	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	48	21	64	79	142	40	35	8	40	25	7	33	2	13	145	19	114	344	122	244
Vor. Woche	61	12	73	115	182	69	36	10	57	31	8	39	1	14	81	28	133	322	122	244

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweise zu benützen.